

pm 42/ Hamburg, 3. September 2018

Appell aller Fluglärminitiativen und des BUND an die Hamburger Bürgerschaft

Entscheidung Fluglärm-Volkspetition steht bevor

Erstmals haben sich alle Fluglärminitiativen aus dem Großraum Hamburg und der BUND in einem gemeinsamen Appell an die Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft gewandt, um ein Nachtflugverbot ab 22 Uhr am Hamburger Flughafen einzufordern. Am 6. September 2018 wird der zuständige Ausschuss für Umwelt und Energie über die BUND-Volkspetition für eine konsequente Nachtruhe entscheiden. Dann wird sich zeigen, ob die Regierungsmehrheit aus SPD und Grünen endlich etwas für die Lärmbetroffenen tun will. Die Situation der Verspätungen nach 23 Uhr hatte sich auch in den ersten Monaten 2018 nochmals deutlich verschärft.

„Die Belastung vieler Hamburgerinnen und Hamburger hat in den letzten Jahren immer mehr zugenommen – allen gegenteiligen Versprechen zum Trotz. Jetzt muss die Stadt als Mehrheitseigner des Flughafens der massiven Störung der Nachtruhe einen Riegel vorschieben. Wir hoffen sehr, dass die Verantwortlichen im Rathaus den Appell der Fluglärminitiativen und des BUND aufgreifen und für eine Verbesserung der Situation sorgen“, so Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg.

Ein entsprechendes Schreiben an die Abgeordneten der Bürgerschaft ist von den Vorsitzenden bzw. Sprechern folgender Organisationen unterzeichnet worden:

BUND-Landesverband Hamburg • BIG Fluglärm Hamburg e.V. • Bürgerinitiativen für Fluglärmenschutz • BI Fluglärm Niendorf in Hamburg und Schleswig-Holstein – BAW • Notgemeinschaft der Flughafen-Anlieger Hamburg e.V. • Norderstedter Interessengemeinschaft für Fluglärmenschutz e.V. • FSH - Fluglärmenschutz Hamburg e.V. • Initiative gegen Fluglärm im Hamburger Westen – IFL • WiN - Wir in Norderstedt • Kommunal-Verein von 1889 in Groß-Borstel e. V.

Für Rückfragen: Paul Schmid, BUND-Pressesprecher, Tel. (040) 600 387 12